Mittelmächten warfen Frankreich und England dem italienischen Bundesgenossen gegenüber das Gewicht ihrer Macht in die Waagschale und fügten den Hohn hinzu, Italien habe sich in dem Londoner Vertrag von 1915 durch ein gar nicht näher bezeichnetes Versprechen die Hände binden lassen. Ohne jede Befragung Italiens wurden zum Beispiel 1919 die bisher unter türkischer Oberhoheit stehenden ehemaligen Sultanate Tibesti und Borku an der Südgrenze Libyens von Frankreich in Besitz genommen und durch Truppenpostierungen besetzt. Diese Gebiete kommen zwar, in der Hauptsache Wüste, als Siedlungsland nicht in Frage, sind aber geopolitisch wertvoll als Träger der wichtigsten und kürzesten Verkehrswege von Tripolis in das Innere Afrikas. Allerdings fanden im September 1919 Verhandlungen über Grenzberichtigungen in Nordafrika statt, die in den folgenden Jahren mehrfach wieder aufgenommen wurden, aber die Zugeständnisse, die Rom gemacht wurden, bestanden immer wieder nur in der Ueberlassung einzelner wertloser Sand- und Steinwüsten. Statt dessen wurde schon 1919, immer mit dem Hintergedanken, Italien würde die notwendige Kraft nicht aufbringen, die Aufmerksamkeit Roms auf Abessinien abgelenkt, und in dem Laval-Vertrag vom 7. Januar 1935 gab Frankreich Italien ausdrücklich noch einmal freie Hand für ein etwaiges gegen Abessinien geplantes Unternehmen. Trotzdem nahm Paris an der Seite Englands an dem Sanktionsfeldzug gegen Italien teil. Durch die ganze italienische Kolonialgeschichte zieht sich also der rote Faden hindurch, daß Frankreich ein unehrliches Spiel getrieben hat. Das gilt übrigens nicht nur hinsichtlich Nordafrikas, sondern des gesamten Lebensraumes des Mittelmeeres. Ueberall stieß Italien auf die unmittelbaren oder hinter vorgeschobene andere Postierungen versteckten Gegenminen des Quai d'Orsay. Die gesamte Periode der Erörterung von Mittelmeerproblemen von 1919 bis in die Gegenwart ist im Grunde genommen beherrscht von dem Streben Frankreichs, Italien nicht stark werden zu lassen: es hat ihm alle Türen zugehalten, die es irgendwie versperren konnte.

Aber Paris hat die Rechnung ohne Mussolini gemacht. Das Italien, das aus dem Weltkrieg hervorging, war schwach, nicht stark. Es war ein Spielball des inneren Parteihaders und war marxistisch in einem Grade verseucht, daß die volle Bolschewisierung befürchtet werden mußte. In dieser Situation traten die Schwarzhemden Mussolinis ihren Marsch an. Als sie ihren Einzug hielten in Rom, befand sich der Faschismus immer noch in einer zahlenmäßig geringen Minderheit. So waren die ersten Jahre der Regierungstätigkeit Mussolinis darauf gerichtet, die inneren Widerstände zu überwinden, was etwa bis 1926 währte. Nebenbei bemerkt, hat der Faschismus mit dem Opfer von zwölfhundert Toten einen hohen Blutzoll dafür entrichtet. Doch als dies Ziel erreicht war, konnte stärker und stärker die Kraft Italiens darauf konzentriert werden, das Schwert zu schmieden, hatte doch gerade Frankreich mehr als jeder andere in der jüngsten Vergangenheit Italien belehrt, daß Recht nur Recht werden kann allein durch die Macht. Ein neues Italien meldet nunmehr seine Ansprüche an. Abessinien und Spanien haben den Nachweis geführt, daß der Geist des italienischen Volkes eine völlige Wandlung durchgemacht hat. Es ist das faschistische Rom, das Imperium, das das Mittelmeer zu seiner Domäne erklärt. In Frankreich scheint dieser Unterschied immer noch nicht voll begriffen zu sein. Ein aufstrebendes, junges Volk mit wachsender Kraft erhebt seine Forderungen gegen ein altes, das mit schwindender Volkszahl sich an fragwürdige Rechtstitel eines übergroßen Besitzes klammert. Mit einer Dynamik, die unausweichlich ist, weil sie von der neuen Weltanschauung einer neuen Geschichtsepoche getragen wird, verlangen italienisches Volkstum und italienische Volkskraft das Lebensrecht ihres Imperiums und stellen die Frage, ob es heute noch der Sinn einer vernünftigen Politik sein kann, den Unterschied zwischen Besitzenden und Habenichtsen durchzuschleppen.

Der britische Generalstabschef in Frankreich

Hohe Offiziere in seiner Begleitung – Ausbau der Militärentente

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 28. März.

Der britische Generalstabschef Gort hat London Dienstag nachmittag im Flugzeug verlassen, um sich zu seinem angekündigten Besuch nach Frankreich zu begeben. Generalstabschef Gort traf am späten Nachmittag in Paris ein.

Die französische und die englische Presse befassen sich eingehend mit dieser Reise. Obwohl ja französisch-englische Generalstabsverhandlungen nichts ungewöhnliches mehr sind, glaubt man doch den nunmehr beginnenden besondere Bedeutung beimessen zu müssen. Die französischen Zeitungen benützen die Gelegenheit, um den Engländern nochmals begreiflich zu machen, daß Großbritannien die Wehrpflicht einführen müsse. England werde sich, so meinen die französischen Zeitungen, auf die Dauer nicht den Wünschen Frankreichs entziehen können, da diese Wünsche „Forderungen der Vernunft" wären.

Die englische Presse behandelt dieses Thema mit einiger Vorsicht. Sie fordert zwar von der Regierung eine weitere Verstärkung der Aufrüstung und betont auch, daß die militärische Ausbildung entsprechend den „Notwendigkeiten des Augenblicks" umgestaltet werden müsse. Es wird aber nicht direkt die allgemeine Wehrpflicht gefordert, sondern es wird vielmehr wieder der Gedanke in den Vordergrund geschoben, für die Jugend eine zwangsmäßige Uebungsperiode einzuführen. Dieser Plan spielt in England schon seit längerer Zeit eine Rolle, auch mit Rücksicht darauf, daß die Arbeitslosigkeit unter den Jugendlichen sehr groß ist. So setzt sich die „Times" erneut für diese Lösung ein und meint, daß man als erste Maßnahme ein allgemeines Training für die Jugend von 18 Jahren einführen müsse. Technische Schwierigkeiten stünden dem nicht entgegen. Wie schon gemeldet wurde, erwartet man, daß Chamberlain am Donnerstag vor den Konservativen zur Frage der Wehrpflicht Stellung nehmen wird.

Der liberale Londoner „Star" glaubt besonders auf die Begleitung Gorts hinweisen zu müssen. Der wichtigste Mann seines Stabes sei Generalmajor Pownall, der Direktor der Operationsabteilung, dessen besondere Aufgabe in der Gleichschaltung der Pläne bestünde. Weiter reise Generalmajor Carr mit nach Frankreich, vermutlich um die Möglichkeit einer starken Vermehrung der britischen Armee zu erörtern, da er Fachmann für Mannschaftsersatz sei. Die dritte wichtige Persönlichkeit sei der Brigadegeneral Hotblack, der führende britische Sachverständige für Tanks und Panzerwagen.

Chamberlain mußte über „Einkreisung" Auskunft geben

Peinliche Anfrage der Labour Party im Unterhaus – Fortsetzung der „Konsultationen"

London, 28. März.

Ministerpräsident Chamberlain gab am Dienstag im Unterhaus auf Ersuchen des Labour-Abgeordneten Greenwood eine Erklärung über den Verlauf der britischen Einkreisungsversuche gegenüber Deutschland ab. Chamberlain sagte: „Die britische Regierung setzt ihre Konsultationen mit anderen Regierungen über die Fragen, die sich aus kürzlichen Ereignissen ergeben haben, aktiv fort. Das Haus wird ihr darin zustimmen, daß es notwendig ist, daß der vertrauliche Charakter dieser Konsultationen während ihrer Dauer respektiert wird. Das Haus wird also nicht erwarten, daß ich Erklärungen abgebe, die nicht vollständig sein können, bis wir im Besitze der endgültigen Ansichten der anderen beteiligten Regierungen sind."

Der Frager gab sich mit dieser Antwort nicht zufrieden und wollte wissen, ob die von der britischen Regierung anderen Mächten zugeleitete Erklärung sich auf Konsultationen beschränke," oder ob sie sich auf militärische Verpflichtungen erstrecke. Chamberlain erwiderte: „Aus dem, was ich vorhin gesagt habe, geht hervor, daß das, was die britische Regierung im Auge hat, wenig weitergeht als Konsultationen. Ich glaube nicht, daß ich im Augenblick weiter auf Einzelheiten eingehen sollte."

Auf weitere Zwischenfragen erklärte Chamberlain, zum baldmöglichsten Zeitpunkt werde eine Aussprache im Unterhaus stattfinden.

Wieder zwei Araber von Engländern erschossen

Jerusalem, 28. März.

Bei einer „Durchsuchung" des Dorfes Schaab in Nordpalästina durch britisches Militär mußten wiederum zwei Araber für die Freiheit der Heimat ihr Leben lassen. Sie wurden von den Engländern niedergeschossen, weil sie angeblich versucht hatten, die Postenketten zu durchbrechen. Im Bezirk Galiläa wurden 31 Araber festgenommen.

Der Freischärlerleutnant Sufetman Abu Khalifa, einer der engsten Mitarbeiter des am Montag gefallenen Araberführers Abdulrahim, ist seinen schweren Verletzungen erlegen, die er in demselben Gefecht erlitten hatte. Der Protestaktion in Jaffa haben sich sämtliche arabischen Kaufläden in Nazareth, Gaza und anderen Städten angeschlossen.

Die Arbeit der Kanzlei des Führers

Keine Verfemung der Vorbestraften – Bouhler vor den Gau- und Kreisrechtsamtsleitern

Berchtesgaden, 28. März.

Der Lehrgang des Reichsrechtsamtes in Berchtesgaden für die Gau- und Kreisrechtsamtsleiter sowie die Gau- und Kreisgruppenführer des NSRB aus der Ostmark und dem Sudetenland war durch den Besuch des Chefs der Kanzlei des Führers, Reichsleiter Bouhler, ausgezeichnet. Reichsleiter Bouhler sprach über die Arbeit der Kanzlei des Führers. Nirgends werde mehr für das Schicksal des einzelnen getan als in unserem Reich. Die deutschen Menschen sehen im Führer nicht nur den politischen Führer der Bewegung, sondern darüber hinaus den Vater des gesamten Volkes.

Der Reichsleiter ging dann ausführlich auf die Aufgaben der einzelnen Aemter der Kanzlei des Führers ein, wobei er besonders den Aufgabenkreis des Amtes für Gnadensachen behandelte. Sehr umfangreich und vielgestaltig ist hier die Arbeit der Abteilung für strafrechtliche Gnadensachen. Diese Abteilung hat als einzige Stelle der Bewegung im Großdeutschen Reich den einheitlichen Standpunkt der Partei auf dem Gebiet des Gnadenwesens zu vertreten.

Dann nahm Reichsleiter Bouhler Stellung zu der Frage der Verfemung der Vorbestraften: Wenn sich jemand gegen den Geist der Gemeinschaft versündigt, muß er bestraft werden. Wir Nationalsozialisten sehen in der Bestrafung ein Schutzmittel des Staates und der Gemeinschaft vor Menschen, die das Gemeinschaftsleben schädigen oder untergraben können. Wir sehen aber keine Revanche für eine Tat darin. Wir können uns daher mit den Gepflogenheiten nicht einverstanden erklären, die bisher den Vorbestraften gegenüber allgemein gegolten haben. Gegenüber asozialen Elementen wird bei uns mit der wünschenswerten Härte vorgegangen. Die nationalsozialistische Bewegung hat jedoch kein Verständnis dafür, daß ein Mann, der wegen eines an sich geringfügigen Deliktes einmal kurze Zeit eingesperrt war, für sein ganzes Leben verfemt und verachtet ist. Wenn ein Volksgenosse durch die Tat bewiesen habe, daß er wieder ein anständiger Mensch werden will, dann muß man ihm auch die Möglichkeit geben, dies für die Zukunft zu beweisen. Wenn Arbeiter oder Angestellte nach Bekanntwerden einer Vorstrafe entlassen werden, so kann das unmöglich von unserem Standpunkt aus gebilligt werden.

Die Volkszählung bei der Wehrmacht

Berlin, 28. März.

Das Oberkommando der Wehrmacht hat Anweisungen für die Durchführung der Volks-, Berufs- und Betriebszählung am 17. Mai bei der Wehrmacht erlassen. Die Durchführung der Zählung erfolgt in den Gebäuden der Wehrmacht durch die Wehrmacht selbst. Zu diesem Zweck werden besondere militärische Zählbezirke gebildet, die zweckmäßigerweise jeweils ein militärisches Gebäude umfassen sollen.

Innerhalb jedes militärischen Zählbezirks werden alle kasernierten Soldaten einschließlich der in der Kaserne wohnenden unverheirateten Offiziere, Unteroffiziere und Wehrmachtsbeamten, soweit sie für mehr als vier Monate einberufen sind, mit der Haushaltungsliste für die Wehrmacht erfaßt. Das gleiche gilt für diejenigen unverheirateten Wehrmachtsangehörigen, die zwar für eine Dienstzeit bis zu höchstens vier Monaten einberufen sind, die aber bei der Zählung in keiner heimischen Haushaltung als vorübergehend abwesend erfaßt werden, also Untermieter, Schlafgänger usw. Alle übrigen Wehrmachtangehörigen, die nur für eine Dienstzeit bis zu höchstens vier Monaten einberufen sind, haben zwischen dem 10. und 12. Mai an ihre heimische Haushaltung eine Postkarte mit der Aufforderung zu senden, sie in der heimischen Haushaltungsliste als vorübergehend abwesend einzutragen. Sie werden also zu Hause erfaßt. Mit der allgemeinen Haushaltungsliste werden die in militärischen Gebäuden befindlichen Privathaushaltungen erfaßt. Wehrmachtangehörige, die nicht in militärischen Zählbezirken wohnen, werden durch die zivilen Zähler der Gemeinden erfaßt.

Neuer Kurs in Litauen

Kowno, 28. März.

Die Zusammensetzung der neuen litauischen Regierung, die zum ersten Male seit dem Bestehen Litauens von einem aktiven hohen Militär gebildet wird, hat in der litauischen Oeffentlichkeit großes Aufsehen hervorgerufen. Die neue Regierung wird nach außen hin als Arbeitsregierung bezeichnet. Ihre Hauptaufgabe werde es sein, die von dem Armeechef, General Raštikis, proklamierte Einheitsfront zu organisieren.

Von dem bisherigen Kreis der Regierungspartei ist keine Persönlichkeit mit aufgenommen worden. Außenpolitisch bleibt, wie in politisch gut unterrichteten Kreisen verlautet, die bisherige Richtung, die in strikter Neutralität ihren Ausdruck findet, bestehen. Innerpolitisch werde der Wechsel weitere Folgen nach sich ziehen. Höchstwahrscheinlich werde die Auflösung aller bisherigen Gliederungen der Regierungspartei folgen und das gesamte öffentliche und Organisationsleben auf neuer Grundlage aufgezogen werden.

Keine Hetzblätter mehr in Prag

Prag, 28. März.

Das Prager Innenministerium hat die Verbreitung und Beförderung aller auf dem Gebiete der Sowjetunion erscheinenden periodischen und nichtperiodischen Druckschriften sowie 479 periodische und nichtperiodische Druckschriften der übrigen Staaten auf dem Gebiete des Protektorats verboten. Unter das Verbot fallen sämtliche kommunistischen und marxistischen Blätter sowie die gesamte Emigrantenpresse und alle jene ausländischen Zeitungen, deren hetzerische Tätigkeit sattsam bekannt ist.

Wie der „Vecer" meldet, wird das tschechische Filmwesen jetzt von Juden gesäubert. Die Ateliers auf dem Barandov bei Prag haben, wie das Blatt mitteilt, bereits alle Juden entlassen. Gleichzeitig ist die Vorführung von sowjetrussischen Filmen verboten worden.

Der Ausschuß der nationalen Gemeinschaft, der den Aufbau einer totalitären Partei vorbereitet, setzte seine Besprechungen fort. Der Vorsitzende des Ausschusses, Hrubý, erklärte, daß alle politischen Gruppen, die nicht freiwillig liquidierten, gesetzlich aufgelöst werden würden. Wie der „Venkov" hierzu berichtet, hat der Ausschuß Beratungen über die Einsetzung von Liquidationskommissaren für die einzelnen politischen Parteien sowie über die Beschlagnahme des Vermögens der Komintern abgehalten.

Wieder ein Japaner in Schanghai erschossen

Eigene Drahtmeldung der Dresdner Nachrichten

Schanghai, 28. März.

Eine der bekanntesten Wirtschaftspersönlichkeiten von Schanghai, der Japaner Makino, der auch im politischen Leben der japanischen Kolonie von Schanghai eine bedeutende Rolle spielte, wurde am Dienstag auf offener Straße von einem unbekannten Chinesen erschossen. Der Anschlag wurde in Pangtse-Pu verübt, einem von den japanischen Truppen besetzten Stadtteil.

USA baut zwei 45 000-Tonnen-Schlachtschiffe

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 28. März.

Die Vereinigten Staaten wollen jetzt nach Meldungen aus Washington an den Bau von 45 000-Tonnen-Schlachtschiffen herangehen. Präsident Roosevelt hat, wie es heißt, den Bau von Schlachtschiffen von je zwei 45 000 Tonnen Wasserverdrängung bereits genehmigt. Noch vor Juli nächsten Jahres sollen die Großkampfschiffe auf Kiel gesetzt werden.

Wirtschaftsabkommen mit Argentinien unterzeichnet

Buenos Aires, 28. März.

Der argentinische Außenminister Dr. Cantilo und der deutsche Geschäftsträger Dr. Mennen unterzeichneten ein Wirtschaftsabkommen im Gesamtbetrag von 14 Millionen RM. Deutschland liefert in der Höhe dieser Summe 64 Lokomotiven, Schlafwagen und sonstige Waggons und kauft dafür von Argentinien 100 000 Tonnen Weizen sowie für den Restbetrag andere Getreidearten und Wolle.

Der Luftfahrtattaché bei der italienischen Botschaft in Berlin zum Senator ernannt. Der italienische König hat auf Vorschlag des Duce vier Generale der Luftwaffe zu Senatoren ernannt. Unter ihnen befindet sich General Liotta, der als Kommandant der Luftwaffe in Italienisch-Ostafrika verletzt wurde und jetzt Luftfahrtattaché bei der italienischen Botschaft in Berlin ist.

Rasche Arbeit des Zollgrenzschutzes an den Protektoratsgrenzen

Berlin, 28. März.

Der Zollgrenzschutz, der gemeinsam mit der Wehrmacht in das Protektorat Böhmen und Mähren eingerückt ist, hat sofort den Schutz der Protektoratsgrenzen gegen das Ausland übernommen. Wie schnell und wirkungsvoll dieser Einsatz erfolgt ist, zeigen am besten die in den wenigen Tagen seit der Uebernahme der Grenzüberwachung durch den Zollgrenzschutz erzielten Erfolge. Es wurden namhafte Devisenbeträge und wertvolle Schmuckgegenstände beschlagnahmt. Unter den an der mährisch-polnischen Grenze festgenommenen 44 Personen befanden sich auch sechs kommunistische Funktionäre.

Eine gute Cigarette
führt von selbst
zum vernünftigen
Rauchen
ATIKAH 5₰